



**Geschäftsführung  
Jugendhilfeausschuss**

Frau Lohmann

Telefon: (0221) 221-24954

Fax: (0221) 221-28650

E-Mail: [petra.lohmann@stadt-koeln.de](mailto:petra.lohmann@stadt-koeln.de)

Datum: 14.07.2015

**Niederschrift**

über die **Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 15.06.2015, 08:45 Uhr bis 09:55 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal (**öffentlicher Teil**)

**Anwesend waren:**

**Vorsitzender**

Bürgermeister Dr. Heinen, Ralf SPD-Fraktion

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Pöttgen, Andreas	SPD-Fraktion
Schultes, Monika	SPD-Fraktion
Klausing, Christoph	CDU-Fraktion
Dr. Schlieben, Nils Helge	CDU-Fraktion
Jahn, Kirsten	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Rabenstein, Svenja	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Parnow, Hanna	Fraktion Die Linke.
Laufenberg, Sylvia	FDP-Fraktion
Blum-Maurice, Renate	Dt. Kinderschutzbund Ortsverband Köln e.V. für Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V.
Krücker, Peter	Caritasverband Köln e.V.
Volland-Dörmann, Ulrike	AWO Kreisverband Köln e.V.
Weigel, Ludwig	SJD - Die Falken Kreisverband Köln

**Stellvertretend stimmberechtigte Mitglieder**

Dr. Butterwegge, Carolin	Fraktion Die Linke.
Blümel, Helga	Diakonisches Werk des ev. Kirchenverbandes
Kleine, Monika	SKF e.V. Köln

**Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen**

Rottmann, Hendrik H. D.	AfD-Fraktion
-------------------------	--------------

**Pflichtmitglieder mit beratender Stimme nach § 5 AG-KJHG, Art.2 KiBiz-Änderungsgesetz sowie der Satzung für das Jugendamt der Stadt Köln**

Gümüs, Attila	Jugendamtselternbeirat Köln
Reichler, Sabrina	Bundesagentur für Arbeit (in Vertretung für Frau Dr. Becher)
Pfarrer Völker, Werner	Evangelischer Kirchenverband Köln und Region

**Sachkundige Einwohnerinnen u. Einwohner mit beratender Stimme (Fraktionen)**

Müller, Ulrich	SPD-Fraktion (in Vertretung für Frau Blümcke)
Quilling, Marie-Luise	SPD-Fraktion
Bauer, Hans-Josef	CDU-Fraktion
Richrath, Simon	CDU-Fraktion (in Vertretung für Frau Topp-Burghardt)
Winands, David	CDU-Fraktion
Schlitt, Gabriele	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Nüsser, Christian	FDP-Fraktion
Spörl, Paul	FDP-Fraktion
Dr. Butterwegge, Carolin	Fraktion Die Linke. (siehe auch stellvertretend stimmberechtigte Mitglieder)

**Vertreterinnen und Vertreter in Köln anerkannter, freier Jugendhilfeträger mit beratender Stimme**

Bergmann, Ulrich	Der Paritätische Köln e.V.
Böll, Mechthild	Wir für Pänz e.V.
Getz, Alfred	Verein zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Teilleistungsstörungen -MCD/ HKS- e.V. (in Vertretung für Frau Malmen – Kinderzentrum Porz e.V.)
Gross, Almut	Jugendhilfe Köln e. V.
Dr. Hambüchen, Thomas	Drogenhilfe Köln gGmbH
Horstkotte-Löffelholz, Ch.	Kölner Spielewerkstatt e.V. (in Vertretung für Herrn Schäfer-Remmele - Theaterpädagogisches Zentrum e.V.
Koerber, Sebastian	Rhein Flanke gGmbH
Lehmann, Christiane	Handwerkerinnenhaus Köln e. V.
Mahr, Frauke	LOBBY für Mädchen - Mädchenhaus Köln e. V.
Maurer, Olaf	Schulte-Schmelter-Stiftung
Peters, Markus	SKM e.V. Köln
Ruchmann, Jörn	Evangelischer Kirchenverband Köln – Jugendpfarramt
Ruda, Marc	DRK-Kreisverband Köln Jugendrotkreuz
Sarisaltik-Aydin, Ece	Coach e.V. (ab 09:20 Uhr)
Saxler, Hans-Josef	Soziales Zentrum Lino- Club e.V.
van Ooyen, Johannes	ConAction e. V. (in Vertretung für Frau Sarisaltik-Aydin, Coach e.V.)
Welke, Ingrid	Rom e.V.
Welter, Sabine	Kölner Jugendring e.V. (in Vertretung für Frau van

Zaabe, Barbara	Dawen-Agreiter)
Dr. Zschke, Wolfgang	Kinderschutzbund Köln e.V. Jugendhilfe und Schule e. V. - Jugendladen Nippes Museum

### **Verwaltung**

Beigeordnete Dr. Klein, Agnes	Dezernentin
Krause, Carolin	Leiterin des Amtes für Kinder, Jugend und Familie

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlten**

Dopke, Theresia	Kellerladen - Initiative für gemeinsame Arbeit e. V.
Herkenhoener, Simon	BDKJ Erzdiözese Köln e.V.
Horstkemper-Schürmann, H.	Perspektive Bildung e.V.
Müller, Andrea	BDKJ Erzdiözese Köln e.V.
Passavanti, Juliane	entsandt von der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Reuther, Bernd	Polizeipräsidium Köln, KK 57
Schremmer, Jochen	Kellerladen - Initiative für gemeinsame Arbeit e. V. (in Vertretung für Frau Dopke)

Ausschussvorsitzender **Herr Bürgermeister Dr. Heinen** eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Ausschussmitglieder, die Besucher und die Presse.

Da kein neues, unvereidigtes Mitglied anwesend ist, werden keine Verpflichtungen vorgenommen.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen teilt mit, dass der Ausschuss Schule und Weiterbildung die Vorlage zur neuen Elternbeitragssatzung (0032/2015) in seiner Sitzung am 08.06.2015 „ohne eigenes Votum in die Beratungen über den Haushaltsplan verschoben“ hat. Darüber hinaus fanden keinerlei Vorberatungen zu dieser oder anderen Beschlussvorlagen statt.

Außerdem weist er darauf hin, dass in Anlage 1 der Vorlage 0032/2015 (Satzung über die Elternbeiträge zu Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und OGTS) der Terminus „Köln-Pass-Inhaber bzw.“ jeweils auf den Seiten 4 bis 6 in der Beschreibung der Einkommensstufe 1 zu streichen ist → ~~„Köln-Pass-Inhaber bzw. bis 12.271 Euro“~~. Analog erfolgt die Streichung von „Köln-Pass-Inhaber bzw.“ in der in Anlage 2 enthaltenen Tabelle auf Seite 7.

Es wurden folgende Unterlagen als Tischvorlage ausgeteilt:

- TOP 2.1 (1392/2015)
- TOP 2.1.1 (1681/2015)
- TOP 2.1.2 (1727/2015)
- TOP zu 2.2 (1765/2015).

Im Nachgang zur ursprünglich versandten Einladung bittet Herr Bürgermeister Dr. Heinen, noch die Punkte 2.1.1, 2.1.2, 2.2 und zu 2.2 auf die Tagesordnung aufzunehmen.

Die Beratung in der heutigen Jugendhilfeausschusssitzung stelle den Aufschlag der Haushaltsplanberatungen dar, leitet Herr Bürgermeister Dr. Heinen ein. Hier gebe es wichtige wie finanziell große Posten zu besprechen. Aufgrund ihrer durchdringenden Wirkung seien die Positionen ganz genau zu durchdenken, aus diesem Grund gebe es auch Änderungsanträge der Fraktionen SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und CDU. Wegen des inhaltlichen Zusammenhanges schlägt Herr Bürgermeister Dr. Heinen vor, diese als „zu.2.1“ gemeinsam mit der Hauptvorlage und den zugehörigen Veränderungsnachweisen zu diskutieren und entsprechend auf die Tagesordnung aufzunehmen.

Da sich die Änderungsanträge zu TOP 2.1 nicht nur auf die Vorlage 1392/2015 selbst, sondern auch auf die neue Elternbeitragssatzung unter TOP 2.2 beziehen, kann die Diskussion nicht strikt in einzelne Abschnitte unterteilt werden und soll daher gesammelt vor den Beschlussfassungen erfolgen.

Der Jugendhilfeausschuss erklärt sich einstimmig einverstanden. Dementsprechend ergibt sich folgende Tagesordnung:

## Tagesordnung

### I. Öffentlicher Teil

- 1 **Benennung der Stimmzähler**
- 2 **Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
  - 2.1 Beratung des Entwurfs für den Haushalt 2015 sowie der Finanzplanung bis 2018  
1392/2015
    - zu 2.1 Änderungsantrag zu TOP 2.1 der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15.06.2015  
AN/1011/2015
    - zu 2.1 Änderungsantrag zu TOP 2.1 - Beratung des Entwurfs für den Haushalt 2015 sowie der Finanzplanung bis 2018  
AN/1023/2015
    - 2.1.1 Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Maßnahmenempfehlungen der Expertengruppe und des Interkulturellen Rates, Beschlussvorlage 2225/2014  
1681/2015
    - 2.1.2 Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Maßnahmenempfehlung der Expertengruppe und des Interkulturellen Rates, Beschlussvorlage 2225/2014  
1717/2015
  - 2.2 Satzung über die Elternbeiträge zur Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und Offenen Ganztagschulen ab 01. August 2015  
0032/2015
    - zu 2.2 Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung zur neuen Elternbeitragssatzung  
1765/2015

## I. Öffentlicher Teil

### 1 Benennung der Stimmzähler

Frau Jahn, Frau Parnow und Frau Schultes werden Stimmzählerinnen in dieser Sitzung sein.

### 2 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**Herr Pöttgen** stellt fest, dass sich die Haushaltslage von Jahr zu Jahr schwieriger gestalte, weshalb er umso erfreuter sei, dass die Fraktionen im Groben an einem Strang für ihre Stadt ziehen. Am heutigen Tage müsse man ein starkes Votum an den Rat geben - im Sinne der Kölner Kinder.

Als hervorzuhebendes Ziel nennt er die Spielplatzbaumaßnahmen. In der Vergangenheit habe es ein zähes Ringen um ausreichend Personal gegeben – es sei grotesk, hier im Gegenzug nicht auch in den kommenden Jahren ein auskömmliches Budget einzuplanen.

Daneben sieht er insbesondere bei der Staffelung der neuen Elternbeitragstabelle im U-2- und OGTS-Bereich Anpassungsbedarf, um den Sprung im Bereich der oberen beiden Einkommensgruppen nicht zu groß werden zu lassen. Hier solle die Verwaltung beauftragt werden, eine neue Vorlage mit angepassten Werten für den Rat vorzubereiten.

Hinsichtlich der Vorlagen zur interkulturellen Familienbildung unter TOP 2.1.1 und zu Schulungen für Jugendleiterinnen und Jugendleiter unter TOP 2.1.2 plädiert **Frau Jahn** für eine Weitergabe ohne Votum an die nachfolgenden Gremien.

**Herr Bürgermeister Dr. Heinen** ergänzt, dass bezüglich der Vorlagen 2.1 und 2.2 im Finanzausschuss ein Änderungsantrag eingebracht werde, der ein Sachwertbudget von insgesamt 400.000 Euro für Maßnahmen aus dem interkulturellen Maßnahmenprogramm vorsehe und mit dem einer Priorisierung der betroffenen Maßnahmen verbunden werde. Deswegen dürfe man an dieser Stelle keine Festlegung vorwegnehmen.

**Frau Beigeordnete Dr. Klein** lässt sich zu den Änderungswünschen der Fraktionen bestätigen, dass die Politik zwar die Erhöhung der OGTS-Elternbeitragsgrenze auf bis zu 170 Euro mittrage, die Steigerung der U-2-Elternbeiträge jedoch nicht in *allen* Gruppen exakt 30 % mehr als in den Ü-3-Referenzgruppen betragen solle. **Herr Bürgermeister Dr. Heinen** bejaht dies: Zweck sei es, die Sprünge zwischen den Gruppen – sowohl in der U-2-Betreuung, als auch im OGTS-Bereich – gleichmäßiger zu gestalten.

Bezüglich der Richtlinien zur Förderung der offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie zur Förderung kultur- und medienpädagogischer Einrichtungen nimmt **Frau Beigeordnete Dr. Klein** den Auftrag mit, diese mit Einbringung in die Haushaltsplanberatungen des Rates schon in der kommenden Woche auf den Weg zu geben.

**Frau Rabenstein** betont das gute Abschneiden des Jugendbereiches angesichts der angespannten Haushaltslage. Auch sie wünscht sich eine Vorlage für den Rat, um die

beiden zuvor genannten Richtlinien *gemeinsam* als Paket auf den Weg zu bringen. Dies werde gelingen, wenn man die jeweiligen Startpunkte zeitlich versetze, oder gar ergänzende Mittel aufbringen könne.

Daneben richtet sie die Aufmerksamkeit auf die Arbeit der Jugendwerkstätten sowie das Spezialfeld „Regenbogenfamilien“, zu dem die Familienberatungsstellen zielgerichtet qualifiziert werden müssen.

**Herr Dr. Schlieben** erklärt, dass mit den vorliegenden Änderungsanträgen Kürzungen abgeschwächt und Mehrbelastungen gemindert werden sollen, die das Dezernat gemäß Vorgabe des Oberbürgermeisters vornehmen musste. Dies untermale die große Bedeutung, die das Thema „Jugend und Schule“ für die Fraktionen habe.

Eine zentrale Rolle spiele es in seinen Augen, die Sprünge in der Elternbeitragstabelle zumindest abzumildern, wenn man aufgrund der prekären Haushaltslage die Erhöhung schon nicht abwenden können. Im Hinblick auf die Deckelung der Tagespflegeplätze müsse die Botschaft lauten: der Ausbau sowohl im U-3-Bereich, als auch im Ü-3-Bereich und der OGTS-Betreuung, geht weiter. An dieser Stelle müsse klar signalisiert werden, dass trotz aller Einsparmaßnahmen eine große Menge Geld für den Ausbau in die Hand genommen werde.

Die CDU-Fraktion werde dem Haushaltsplanentwurf daher nur zustimmen, wenn auch die beiden vorliegenden Änderungsanträge Berücksichtigung finden, schließt Herr Dr. Schlieben ab.

**Herr Dr. Zschke** hält die bisherigen Entwürfe der neuen Förderrichtlinien für nicht diskussionswürdig, unter anderem aufgrund der Befristung der Basisförderung. Man könne einsparen, indem man Mittel einspare – man könne allerdings auch einsparen, indem man Mittel zusetze und sie für ganz andere Zwecke einsetze. Er fragt, was die neue Regelung nun beinhalte, womit sie begründet werde und bis wann sie beschlossen werden solle. Ihm fehlen hier die gewünschten Hintergrundinformationen.

**Herr Bürgermeister Dr. Heinen und Frau Beigeordnete Dr. Klein** halten dem entgegen, dass die Inhalte der Richtlinien in verschiedenen Arbeitskreisen *ausführlich* diskutiert worden seien. Nun gehe es nur noch darum, sie zeitnah in Kraft zu setzen. Frau Beigeordnete Dr. Klein warnt davor, das „große Ganze“ aus den Augen zu verlieren, während man sich an Kleinigkeiten aufhalte.

Formell fehle die Mitzeichnung der Vorlagen durch die Kämmerei, da es sich bei den diskutierten Geldmitteln um Qualitätsverbesserungen respektive Mehrausgaben in einem freiwilligen Bereich handele, obwohl der Gesamthaushalt noch überhaupt nicht beschlossen sei. Wenn man die Beratungskette nach der Sommerpause nicht abwarten wolle, empfehle sie den Jugendhilfeausschussmitgliedern, auf ihr Beratungsrecht in diesem Einzelfall zu verzichten und die Vorlagen unmittelbar an Finanzausschuss und Rat als nachfolgende Gremien zu verweisen.

Die FDP-Fraktion lehne den Aufbau des diesjährigen Haushaltes sowie die Änderungsanträge in Gänze ab, erklärt **Frau Laufenberg**. Auch wenn im Kinder- und Jugendhilfebereich Einiges auf den Weg gebracht werden konnte, sei eine Planung fatal, im Rahmen derer Kürzungen nach dem Gießkannenprinzip vorgenommen werden. Hier müsse man endlich zu unmissverständlichen Priorisierungen kommen.

Obwohl Wirtschaftsanalysen zeigen, wie viel Geld in den vergangenen Jahren von Land und Bund gekommen sei, habe man in Köln weiterhin ein Ausgabeproblem, wundert sich Frau Laufenberg. Sie sehe daher mittelfristig einen Nothaushalt auf die Stadt Köln zukommen.

Als schützenswerte Punkte in der Kinder- und Jugendpolitik zählt sie auf:

- Bekämpfung der Jugendkriminalität, wie mit dem Haus des Jugendrechts
- Politische Partizipation, beispielsweise durch der Tag der Jugend im Rathaus
- Kinder-Willkommens-Paket
- Girl´s Day und Boy´s Day
- Förderung von anyway e.V., Lobby für Mädchen e.V. und Handwerkerinnenhaus e.V.

Zwar sei Frau Beigeordnete Dr. Klein als zuständige Dezernentin gefragt, an welcher Stelle Kürzungen zu verkraften seien, doch stehe die Kämmerin nichts desto trotz in der Hauptverantwortung.

Pauschalverbesserungen seien an dieser Stelle keineswegs angebracht, findet Frau Laufenberg. Auch könne man im Bereich von hochwertiger pädagogischer Arbeit nicht von „Bewirtschaftung“ im eigentlichen Sinne sprechen.

In dieser Stadt werde mehr Mut gebraucht, sich dieser Entwicklung entgegenzustellen.

Für **Frau Parnow** geht der Haushaltsplanentwurf in die richtige Richtung, doch spricht auch sie sich für die Rücknahme der Kürzungen aus. Die Anpassung der Förderung der offenen Kinder- und Jugendarbeit sei längst überfällig gewesen und werde entsprechend begrüßt. Daneben seien in Zeiten zunehmender Integration die Umsetzung des Maßnahmenpakets des Integrationsrats und die Zuschusserhöhung an die Jugendkultureinrichtungen sowie an die Offenen Ganztagschulen in Brennpunkten für Einzelprojekte wichtig.

Die Fraktion Die Linke. werde sich bei der Abstimmung enthalten, da die Schwerpunkte auf die falschen Aspekte gelegt worden seien. Man sehe die Tarifsteigerungen im Zuschusssystem nicht ausreichend berücksichtigt und die Großtagespflege als unverhältnismäßig stark gefördert.

Mit der geplanten Elternbeitragserhöhung werde darüber hinaus ein falsches Signal an die Eltern gegeben. Gerade diejenigen Kinder, die aus Kostengründen zuhause betreut werden, bedürfen oftmals einer besonderen vorschulischen Bildung.

Eine Haushaltskonsolidierung, so Frau Parnow, müsse vielmehr durch das Vermeiden externer Beauftragungen durch mehr eigenes Personal oder die Besteuerung von großem Vermögen erreicht werden. Auf Dauer werde ein größeres Finanzvolumen benötigt, um mehr Angebote für Kinder und Jugendliche zu schaffen. Da Köln stetig wachse, sei es nun an der Zeit, geeignete Mittel zu finden und entsprechende Akzente zu setzen.

**Frau Dr. Butterwegge** schließt sich ihrer Fraktionskollegin an und bezeichnet die Praxis der Stadt Köln im Hinblick auf die Elternbeitragsatzung als ein Trauerspiel. Durch einen hemmungslosen Griff in die Taschen der Eltern werde Kinderbetreuung zur Ware. Da frühkindliche Bildung als besonders wichtiger Entwicklungsschritt der



Kinder nicht einkommensabhängig sein dürfe, müsse Beitragsfreiheit zu einer Selbstverständlichkeit werden – dies habe Herr Bürgermeister Dr. Heinen selbst gesagt.

Sie warnt vor einer Kita-Fernhaltepolitik ähnlich der „Herdprämie“. Mit einer derartigen Beitragssteigerung öffne man der Privatisierung der Kinderbetreuung Tür und Tor, ein Zwei-Klassen-System werde gefördert und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch weiter erschwert. Als Alternative zur geplanten Elternbeitragserhöhung schlägt Frau Dr. Butterwegge eine Gewerbesteuererhöhung vor.

**Herr Bürgermeister Dr. Heinen** bestätigt, dass Beitragsfreiheit für alle betreuten Kinder nach wie vor das Ziel sei. Solange die finanziellen Voraussetzungen hierfür jedoch nicht gegeben seien, könne man zumindest die damit einhergehende Belastung reduzieren. Zu diesem Zweck seien verschiedene Befreiungstatbestände festgelegt und die Mehrbelastung auf die einkommensstärkeren Schultern verlagert worden. Zudem können massive Steuerentlastungen für Kinderbetreuungskosten im Rahmen der Einkommensteuer in Anspruch genommen werden.

Als die ersten Haushaltsplanideen den Trägern Anfang diesen Jahres zur Kenntnis gebracht wurden, sei in der Trägerlandschaft eine gewisse Unruhe entstanden, schildert **Frau Volland-Dörmann**. Grund dafür seien existentielle Ängste vor Allem kleinerer Träger. Angesichts der aktuell laufenden Tarifverhandlungen spitze sich die Lage noch zu, so dass es umso wichtiger sei, die daraus resultierenden **Kostensteigerungen** auch in den städtischen Finanzierungen tarifkonform abzubilden.

Eine elementare Kernfrage sei dabei, wie sich die Kinder- und Jugendpolitik in Zukunft gestalten werde. Wegen der Brisanz und Wichtigkeit der damit zusammenhängenden Themenfelder wünsche sie sich, bereits *unterjährig* (nach der Sommerpause) in die Haushaltsdebatte – inklusive der Diskussion über die zu setzenden Prioritäten – einzusteigen. So werde der die Diskussion störende Zeitdruck genommen. Diese Debatte benötige auch deswegen so viel Zeit, weil man nicht einfach innerhalb der Budgetgrenzen eines Dezernates denken könne – die Situation sei dezernatsübergreifend zu betrachten.

Frau Volland-Dörmann lobt die Anstrengungen von Verwaltung und Mehrheitsfraktionen, Feinheiten von geplanten Vorhaben frühzeitig fachlich abzustimmen, die Tragfähigkeit zu stützen, Planungssicherheit zu inkludieren und Kürzungen soweit möglich abzuwenden.

So sei beispielsweise die Verabschiedung der beiden eben angesprochenen Richtlinien eine logische Folge aus der Zusammenarbeit der vergangenen zwei Jahre. Diese neue, vollkommen andere Herangehensweise an das bisherige Verfahren stelle insbesondere vor dem Hintergrund der strukturellen Haushaltsproblematik einen Quantensprung dar. Nach Inkraftsetzung und gemeinsamer Umsetzung können die Träger sich wieder auf ihre originäre Arbeit konzentrieren, ohne ständig das finanzielle Ausfürchten zu müssen.

Die LIGA werde daher den Haushaltsplanentwürfen zustimmen. An die Fraktionen, die nicht zustimmen, richtet sie den Appell, *realistische* Vorschläge zu machen, wie ein tragfähiger Haushalt denn gelingen könne.

**Herr Gümüs** fragt nach der Bedeutung der Streckung des Ü-3-Ausbaus in reellen Zahlen, und warum der Passus „Köln-Pass-Inhaber“ gestrichen worden sei. Auch er

hält eine Erhöhung des **Elternbeitrages** für das falsche politische Signal, insbesondere für Eltern unter Zweijähriger, die gerade aus dem Elterngeldbezug kommen und aufgrund der damit zusammenhängenden Einkommensreduzierung ohnehin schon sehr belastet seien. Es sei problematisch, dass sich Kommunen, Land und Bund nicht über eine einheitliche Zielrichtung der Kita-Politik einigen können. Er regt an, sich am Beispiel der Elternbeiträge Leverkusens (mit 14 anstatt 8 Einkommensstufen sowie Berechnung auf Basis der zu versteuernden Einkommen) zu orientieren.

**Herr Bergmann** möchte sichergehen, dass nun auch die notwendige Präzisierung der in Rede stehenden Förderrichtlinien erfolge, welche in einem zwei Jahre andauernden Prozess vorbereitet worden seien. Durch qualitative Verbesserungen und mehr Gestaltungsmöglichkeiten werde ein Innovationsschub hervorgerufen. Ihm reiche es nicht, eine Richtlinie zu verabschieden: im Zuge des Beschlusses müsse gleichzeitig festgesetzt werden, dass die zur Umsetzung *in der bestehenden Struktur* notwendigen Mittel auch tatsächlich abrufbar sein werden.

**Herr Zaschke** sieht in der geschwächten Basisförderung der interkulturellen Zentren weiterhin einen Missstand – die kurzfristigen Projektmittel seien nicht das Problem. Er beklagt die mangelnde Beteiligung der Träger und nochmals die schlechte Transparenz im Vergabeverfahren. Deswegen sollen die Mitglieder die zu beschließenden Richtlinien zumindest vorab zur Kenntnis bekommen.

**Herr Bergmann** stellt im Namen des zuständigen Dachverbandes klar, dass die in Köln über Jahrzehnte dialogisch erarbeitete, äußerst komplexe Materie im AK80 und einer Unterarbeitsgruppe speziell zu diesem Thema ausführlich besprochen und schließlich einstimmig beschlossen worden sei – daran seien die freien Träger über die gesamte Dauer beteiligt gewesen. Im Anschluss seien alle angegliederten Träger durch ihre Spitzenverbände über die Inhalte informiert worden.

Es gehe darum, die in den Richtlinien beschriebenen Verfahren zu synchronisieren und ihnen schließlich Einzug in die Praxis zu geben, ergänzt **Frau Jahn**.

Da nur noch 15 Minuten Zeit bis zur anschließenden Sitzung des Finanzausschusses bleiben, schlägt **Frau Beigeordnete Dr. Klein** folgende Staffelung der U-2-Elternbeiträge (§ 9, Unterpunkt 1.1) vor, die sie im Folgenden auch an die Mitgliedern des Finanzausschusses weitergeben möchte:

Stufen 1 bis 4:	identisch mit der Tabelle unter Punkt 1.2
Stufe 5:	+ 20 %
Stufe 6:	+ 20 %
Stufe 7:	+ 30 %
Stufe 8:	+ 30 %.

Im OGTS-Bereich (§ 9 Unterpunkt 3) werde die Erhöhung auf die 170-Euro-Grenze lediglich auf die beiden höchsten Stufen 7 und 8 bezogen, alle anderen Stufen werden auf den bisherigen Stand nach alter Satzung zurückgeführt.

Sofern sich die Mitglieder hiermit einverstanden erklären und auch der Finanzausschuss zustimmt, werde die Satzung unter Vorlage 0032/2015 entsprechend angepasst und dem Rat zu seinen Haushaltsplanberatungen vorgelegt.

*Anmerkungen:*

*Die Richtlinien werden dem Rat unter Nummern 1814/2015 und 1815/2015 vorgelegt.*

**2.1 Beratung des Entwurfs für den Haushalt 2015 sowie der Finanzplanung bis 2018  
1392/2015**

**zu 2.1 Änderungsantrag SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen  
AN/1011/2015**

**zu 2.1 Änderungsantrag CDU-Fraktion  
AN/1023/2015**

**Wortbeiträge:** siehe Seiten 6 bis 10 der Niederschrift.

Zunächst stellt Herr Bürgermeister Dr. Heinen die Änderungsanträge von den Fraktionen SPD und Bündnis 90/ Die Grünen sowie CDU gemeinsam zur Abstimmung.

**Beschluss:**

1. Ergänzungen zum Haushaltsplan 2015 gemäß Anlage des Änderungsantrags der SPD- Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (AN/1011/2015),
2. Begleitend beauftragt der Rat die Verwaltung wie folgt (Änderungsantrag der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen):
  - Spielplätze (Baumaßnahmen)  
Der Ansatz für das Jahr 2015 ist auskömmlich. Die Verwaltung wird beauftragt, in den Folgejahren den ursprünglichen Ansatz einzuplanen.
3. Zusetzungen zu den einzelnen Produktgruppen des Haushaltsplanentwurfs entsprechend der in Anlage 1 aufgeführten Liste des Änderungsantrags der CDU-Fraktion (AN/NN/2015):

**Abstimmungsergebnis:**

- 11 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1)
- 1 Gegenstimme: FDP-Fraktion (1)
- 1 Enthaltung: Fraktion Die Linke. (1)

**Mehrheitlich zugestimmt.**

*Anmerkungen:*

*Herr Herkenhoener und seine Vertreterin Frau Müller (BDKJ) sowie Frau Kupferer und ihre Vertreterin Frau Weber (Sportjugend) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.*

\*\*\*

Anschließend stellt Ausschussvorsitzender Herr Dr. Heinen die Verwaltungsvorlage – unter Berücksichtigung der zuvor beschlossenen Änderungen aufgrund der Änderungsanträge – zur Abstimmung.

**Geänderter Beschluss (Änderungen kursiv markiert):**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Anregungen der Bezirksvertretungen zu den Konsolidierungsvorschlägen der Verwaltung zur Kenntnis. Er empfiehlt dem Rat die Annahme des von der Verwaltung durch die Veränderungsnachweise 1 bis 3 fortgeschriebenen Entwurfs für den Haushalt 2015 sowie der mittelfristigen Finanzplanung bis 2018 für den Bereich der Jugendhilfe, *unter Berücksichtigung folgender Änderungen und Ergänzungen:*

1. *Ergänzungen zum Haushaltsplan 2015 gemäß folgender Liste (Änderungsantrag der SPD- Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen):*

<b>Fachbereich</b>	<b>Thema</b>	<b>Verschlechterung 2015</b>	<b>Haushaltsvermerk</b>
JHA	U2-Beitrag (+ 30% gegenüber U3-Beitrag)	300.000	Dämpfungsbudget für untere + mittlere Einkommensgruppen
JHA	Rücknahme lineare Streckung/Ausbau Kindertagesbetreuung	1.500.000	
JHA	Spielplätze Baumaßnahmen	0	Sofern keine Neubeauftragung hinzukommt, wäre der Ansatz für 2015 auskömmlich, in den Folgejahren wieder ursprüngl. Ansatz notwendig! HH Begleitvermerk MifriFi
JHA	Jugendwerkstätten - Projekte der Jugendberufshilfe	135.000	je Stadtbezirk 15.000 €
JHA	Kultur- u. medienpädagogische Arbeit	20.000	Umsetzung Leitlinien offen Kinder- u. Jugendarbeit + Kultur + Medienpädagogische Arbeit; Zuzahlung Zuschuss Canyon Chorweiler
JHA	Familienberatung	60.000	Qualifizierung + Konzepterweiterung für Regenbogenfamilien; Mittelfreigabe erfolgt auf Vorschlag der Fachverwaltung durch Fach- und Finanzausschusses
JHA/ Schule	Rücknahme Neustaffelung OGTS-Beitrag	375.000	

2. *Begleitend beauftragt der Rat die Verwaltung wie folgt (Änderungsantrag der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen):*
  - *Spielplätze (Baumaßnahmen)*  
*Der Ansatz für das Jahr 2015 ist auskömmlich. Die Verwaltung wird beauftragt, in den Folgejahren den ursprünglichen Ansatz einzuplanen.*
  
3. *Zusetzungen zu den einzelnen Produktgruppen des Haushaltsplanentwurfs entsprechend der nachfolgend aufgeführten Liste (Änderungsantrag der CDU-Fraktion):*

Nr.	Themenbereich	Produktgruppe	Zusetzung (+)
1	Rücknahme der linearen Streckung bzgl. Kita-Ausbau	0603	1.500.000 Euro
2	Canyon Chorweiler	0604	20.000 Euro
<b>Summe</b>			<b>1.520.000 Euro</b>

#### **Abstimmungsergebnis:**

- 11 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1)
- 1 Gegenstimme: FDP-Fraktion (1)
- 1 Enthaltung: Fraktion Die Linke. (1)

**Mehrheitlich zugestimmt.**

#### *Anmerkungen:*

*Herr Herkenhoener und seine Vertreterin Frau Müller (BDKJ) sowie Frau Kupferer und ihre Vertreterin Frau Weber (Sportjugend) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.*

### **2.1.1 Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Maßnahmenempfehlungen der Expertengruppe und des Interkulturellen Rates, Beschlussvorlage 2225/2014 1681/2015**

**Wortbeiträge:** siehe Seiten 6 bis 10 der Niederschrift.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – verweist die Vorlage [ohne Votum](#) in die Haushaltsplanberatungen des Finanzausschusses und des Rates.

**Abstimmungsergebnis:**

- 13 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

**Einstimmig zugestimmt.**

*Anmerkungen:*

*Herr Herkenhoener und seine Vertreterin Frau Müller (BDKJ) sowie Frau Kupferer und ihre Vertreterin Frau Weber (Sportjugend) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.*

### **2.1.2 Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Maßnahmenempfehlung der Expertengruppe und des Interkulturellen Rates, Beschlussvorlage 2225/2014 1717/2015**

**Wortbeiträge:** siehe Seiten 6 bis 10 der Niederschrift.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – verweist die Vorlage [ohne Votum](#) in die Haushaltsplanberatungen des Finanzausschusses und des Rates.

**Abstimmungsergebnis:**

- 13 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

**Einstimmig zugestimmt.**

*Anmerkungen:*

*Herr Herkenhoener und seine Vertreterin Frau Müller (BDKJ) sowie Frau Kupferer und ihre Vertreterin Frau Weber (Sportjugend) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.*

## **2.2 Satzung über die Elternbeiträge zur Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und Offenen Ganztagschulen ab 01. August 2015 0032/2015**

**Wortbeiträge:** siehe Seiten 6 bis 10 der Niederschrift.

### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – verweist die Vorlage [zur Überarbeitung in die Verwaltung](#), damit sie dem Rat am 23.06.2015. (Sondersitzung zur Verabschiedung des Haushalts) in ihrer Neufassung zur Beschlussfassung vorgelegt werden kann.

### **Abstimmungsergebnis:**

- 13 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

**Einstimmig zugestimmt.**

### *Anmerkungen:*

*Herr Herkenhoener und seine Vertreterin Frau Müller (BDKJ) sowie Frau Kupferer und ihre Vertreterin Frau Weber (Sportjugend) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.*

*Zwecks Übersichtlichkeit wird die verlangte Neufassung unter der neuen Vorlagennummer 1816/2015 in die Beratung gegeben.*

## **zu 2.2 Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung zur neuen Elternbeitragssatzung 1765/2015**

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen. **Herr Gümüs** äußert den Wunsch, einmal jährlich eine aktuelle zahlenmäßige Aufstellung zu erhalten. Zu der im Text erwähnten Deckungsquote von 19 % weist er darauf hin, dass die kommunalen Spitzenverbände bereits im Gesetzgebungsverfahren des KiBiZ angezweifelt haben, dass diese Zahl realistisch sei. Es sei vielmehr von 11 bis 13 % auszugehen.

gez. Dr. Ralf Heinen (Vorsitzender)  
gez. Petra Lohmann (Schriftführerin)